



Tägliche Omaha Tribune

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 34), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 3, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLISON, POSTMASTER-GENERAL

35. Jahrgang. Omaha, Nebr., Donnerstag, den 20. Nov. 1919. No. 214

Friedensvertrag nicht ratifiziert

Der Senat schiebt darauf die Spezial-Sitzung und geht heim; die Frage kommt in der Dezember-Sitzung wieder auf.

Wichtige Rekonstruktions-Arbeiten unerledigt.

Washington, 20. Nov.—Der Friedensvertrag ist, soweit der gegenwärtige amerikanische Senat anbelangt, tot, denn der Senat hat das Dokument ohne Befähigung an den Präsidenten zugefandt. Die Lodge Ratifikations-Resolution, welche die Einwände enthält, wurde mit 41 gegen 51 Stimmen und die von Underwood unterbreitete Resolution, die die unbedingte Annahme des Friedensvertrags vorschlägt, mit 38 gegen 53 Stimmen abgelehnt. Zweidrittelmehrheit war zur Annahme dieser Resolution nötig. Für die letzte Resolution stimmten die Demokraten: Ashurst, Bankhead, Beckham, Chamberlain, Dial, Fletcher, Gan, Gerry, Harris, Harrison, Henderson, Hitchcock, Johnson (S. D.), Jones (N. M.), King, Kirby, McCallar, Myers, Nugent, Overman (Ohio), Phelan, Pittman, Pomerenne, Ransdell, Robinson, Sheppard, Simmons, Smith (Ariz.), Smith (W. Va.), Smith (S. C.), Stanley, Swanson, Underwood, Walsh (Mont.), Williams und Wolcott. Zusammen 37. Gegen die Republikaner: Bell, Borah, Brandegee, Calder, Capper, Colt, Cummins, Curtis, Dillingham, Edge, Effkins, Gernald, France, Frelinghuysen, Gronna, Hale, Harding, Johnson (Cal.), Jones (Wash.), Kellogg, Kemron, Keyes, Knorr, Kollmetz, Leventhal, Lodge, McCormack, McLean, McPherson, Moses, New, Newberry, Norris, Page, Penrose, Pointer, Sherman, Smead, Spencer, Sterling, Sutherland, Tompkins, Wadsworth, Warren und Watson. Zusammen 46. Demokraten: Gore, Reed, Shields, Smith (Ga.), Thomas, Trammell und Walsh (Mass.). Zusammen dagegen 53. Senator Hoff, New Mexico, Republikaner, ließ seinen Namen in seiner Abwesenheit als Gegner der Resolution in die Liste eintragen. Senator Hitchcock, welcher die Abstraktion der Ratifikation während des Kampfes führte, erklärte, dass Präsident Wilson den Vertrag der nächsten Sitzung dem Senat wieder unterbreiten sollte. „Milder Einwände“

Prohibitionsakt vor Oberbundesgericht

Palmer behauptet, Whiskey ist kein Eigentum im Sinne der Verfassung.

Washington, 20. Nov.—Heute entscheidet das Oberbundesgericht über Leben und Tod des Prohibitionsgesetzes, indem Entscheidungen von Bundesgerichten zur Berufung vorliegen, welche sich gleichmäßig für die beiden Seiten entschieden haben. Die Prohibitionsisten haben bisher in Chicago und New York gesiegt, während die Rassen in Louisville und Providence gewonnen haben. Beide Parteien werden die befähigten Anwälte ins Feld führen, die aufzutreten waren. Der frühere Staatssekretär Elihu Root wird von Lewis Meyer und W. W. Bullitt, den bekannten Anwälten aus Chicago, unterstützt; der Senat hat den Friedensvertrag nicht ratifiziert und unter den wichtigen Fragen, die unerledigt geblieben sind, befinden sich: die Rückgabe der Bahnen an Privatpersonen; Reorganisation der Armee in Friedenszeiten; Widerruf der Kriegszölle; Rückgabe der Kriegszölle; Festlegung der Politik der Handelsmarine; Eröffnung von Häfen zum Besten der Schlachthausindustrie und Revision des Kriegsgesetzes. Auch wenn der Kongress am 1. Dezember wieder in Sitzung tritt, werden diese Vorlagen erst nach Erledigung der Friedensvertrags-Resolution in Angriff genommen werden können. Zu Beginn des Frühjahrs wird die Präsidentenwahlkampagne bereits beginnen, und die Republikaner, welche im Kongress in der Mehrheit sind, möchten bis dahin gern etwas in Bezug auf einheimische Getreideerzeugung erreicht haben. Gestern Abend, kurz vor Verlesung des Senats, reichte Senator Lodge eine Resolution ein, laut welcher der Krieg für beendet erklärt wird. Die republikanische Senatoren behaupten, kann diese Resolution mit Wichtigkeit in beiden Häusern durchgebracht werden. Senator Hitchcock wird die Zeit zwischen jetzt und dem 1. Dezember in seiner Heimatstadt Omaha zuzubringen.

Alldeutsche von Alliierten beargwöhnt

Hindenburg Demonstrationen scharf beobachtet; Kaiser-Prozess steht bevor.

London, 20. Nov.—In den offiziellen Kreisen zu Paris und London werden die Hindenburg Demonstrationen in Berlin scharf beobachtet; man sagt sich, daß durch das Gebahren der Pan-Germanen und Nationalisten die gegenwärtige deutsche republikanische Regierung in Verlegenheit gesetzt wird. Es heißt, daß auch die Friedenskonferenz in Paris ein aufmerksames Auge auf die Vorgänge in Berlin habe und nötigenfalls einschreiten werde. Der britische Generalkonsul in Berlin ist von Paris zurückgekehrt; er hat dort der Friedenskonferenz den britischen Pain zwecks Prozeßierung des Kaisers von Deutschland unterbreitet.

Liebesgaben-Pakete nach Deutschland

Deutsche Einfuhrerlaubnis nicht mehr nötig, aber nur unbedingte Nahrungsmittel und Sachen für persönlichen Gebrauch erlaubt.

Washington, 20. Nov.—Postpakete für Deutschland werden jetzt ohne die zeitweilige verlangte Einfuhrerlaubnis in den Postämtern angenommen, wie die Postverwaltung angekündigt. Die Pakete dürfen jedoch nur unbedingte Nahrungsmittel und Sachen für den persönlichen Gebrauch enthalten. Ihr Gewicht ist auf ein Pfund beschränkt.

Villa's Hauptstütze in Gefangenschaft

Stadt Mexiko, 20. Nov.—Francisco Villa, einer der Hauptanhänger von Francisco Villa, wurde zu Valle Divo, in der Nähe des Concho Flusses in Chihuahua durch die Staatsmiliz unter Gabon Divo gefangen genommen und nach Paral gebracht, um vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden.

General Angeles war ein Offizier der mexikanischen Bundesarmee unter der Regierung des Porfirio Diaz, schloß sich bei dessen Sturz an Madero an, wurde später durch Huerta verhaftet und erlangte seine Freiheit nur gegen das Versprechen, sich nicht wieder in mexikanische Angelegenheiten einzumischen. Er ging 1913 nach Europa, wo er im folgenden Jahre zurückkehrte, um sich an Carranza anzuschließen, mit dem er sich bald überwarf. Darauf ging er zu Villa über, floh nach dessen Niederlagen in 1915 nach den Ver. Staaten; trat in die Dienste der französischen Regierung, wo er bis zum Abschluß des Waffenstillstandes blieb.

Heimkehr tschecho-slowakischer Truppen

Auch amerikanische und britische Truppen rufen sich zum Abzug aus Anhalt.

Prag, 20. Nov.—In einer Versammlung von Parteiführern in Prag kündigte Minister des Inneren Benes an, daß alle Vorbereitungen für den Heimtransport der noch in Sibirien stehenden tschecho-slowakischen Truppen getroffen seien. Es sind 4 japanische Transportdampfer gemietet worden, außerdem haben die Ver. Staaten den fraglichen Truppen erlaubt, zehn in chinesischen Gewässern stationierte große Dampfer zu benutzen und ihnen außerdem Gelder zur Verfügung gestellt. Der Minister fügt hinzu, die tschecho-slowakische Regierung sorge sich dem Wunsch der Entente, sich nicht in die russischen Angelegenheiten einzumischen, und sei deshalb bestrebt, ihre Soldaten möglichst bald nach Hause zu bekommen.

Wahlgesetz in Mexiko

General Angeles war ein Offizier der mexikanischen Bundesarmee unter der Regierung des Porfirio Diaz, schloß sich bei dessen Sturz an Madero an, wurde später durch Huerta verhaftet und erlangte seine Freiheit nur gegen das Versprechen, sich nicht wieder in mexikanische Angelegenheiten einzumischen.

Er ging 1913 nach Europa, wo er im folgenden Jahre zurückkehrte, um sich an Carranza anzuschließen, mit dem er sich bald überwarf. Darauf ging er zu Villa über, floh nach dessen Niederlagen in 1915 nach den Ver. Staaten; trat in die Dienste der französischen Regierung, wo er bis zum Abschluß des Waffenstillstandes blieb.

Schleppender Gang der Verhandlungen

Brennstoff-Direktor Garfield erklärt, daß das Volk Kohlen haben müsse und auch Kohlen haben werde.

Kohlenmangel nimmt größere Dimensionen an.

Washington, 20. Nov.—Die Möglichkeit einer Kohlennot erscheint immer drohender, je länger die Verhandlungen zwischen Grubenbesitzern und Bergleuten auf dem toten Punkte stehen. Am Mittwoch verhandelte ein Unterkomitee der gemeinsamen Kommission drei Stunden lang über die Lage im allgemeinen, ging aber unrichtiger Sache auseinander, weil die Grubenbesitzer den Forderungen der Bergleute keine Gegenversätze entgegenzusetzen versuchten. Die Konferenz wird heute fortgesetzt. Die Kohlenfrage hat den Beschluß, ihre Verhandlungen in kleineren Unterkomitees fortzusetzen, auf die Ankündigung des Brennstoff-Direktors Garfield gefaßt, daß das Volk der Ver. Staaten Kohlen haben müsse und Kohlen haben werde, und daß alles, was die streitenden Parteien unternehmen würden, kein Hindernis dafür abgeben würde. Das konsumierende Volk ist nicht geneigt, sich übertriebene Preise und andauernde Verzögerung gefallen zu lassen.

Bürger im Kampf mit Bankräubern

Einbrecher in „Yorktown Savings Bank“, werden von Bürgern verjagt.

Clarinda, Ia., 20. Nov.—Die Einwohner von Yorktown wurden heute morgen um 4 Uhr durch den Knall einer Bombe, die das Sprengen der Türe zum Bankgebäude durch drei Gespinnndadler verursachte. Ein Dutzend Bürger, mit Gewehren und Revolvern bewaffnet, eilte in die Nähe der Bank, und ein lebhafter Ringkampf zwischen den Bürgern und den drei Räubern folgte.

Eisenbahnen beschränken Betrieb

Chicago, 20. Nov.—Zwecks Konzentrierung von Kohlen sind 146 Züge, die aus Chicago auslaufen, von den Fahrplänen gestrichen worden. Frühere Schnellzüge halten an allen Stationen an, um die gestrichenen Züge zu ersetzen. Zweigbahnen lassen auf manchen Strecken nur zweimal wöchentlich Züge verkehren.

Süd-Dakota fordert 5,000 Waggons

Duluth, Minn., 20. Nov.—Beim Eisenbahnenamt in Duluth erhielt eine Aufforderung von den Staatsbeamten in Süd-Dakota, sofort 5,000 Waggonsladungen von Kohlen an den Gouverneur Nordbeck in Pierre zur Verteilung durch die Staatsbeamten abzugeben. Die Eisenbahnenverwaltung hat mit dem Gegenantrag geantwortet, die Verteilung der Kohlenbedürfnisse in Süd-Dakota einer Zinifer-Kommission zu übertragen, nach deren Bericht die Eisenbahnenverwaltung ihre Beschlässe fassen würde.

Verhaftung ist das Hauptproblem

Chicago, 20. Nov.—Die unter dem Vorsitz des Eisenbahndirektors eines tagende Eisenbahndirektoren-Konferenz hat entschieden, daß die Verhaftung von Kohle wichtiger sei, als die Erlassung eines Embargos auf Frachtpakete und daß eine Befreiung des Frachtpakets von der weiteren Entwicklung der Dinge abhängt.

Einheitsbefehl gegen Nord-Dakota

Bismarck, N. D., 20. Nov.—Der Kreisrichter W. L. Nuehle hat gegen das Kommando der Miliz einen Einheitsbefehl erlassen, demzufolge dieses das Grubenbesitzern der Western Lignite Co., das im Auftrag des Gouverneurs befehligt wurde, bis 2 Uhr Montag nachmittags an die Eigentümer zurückgeben muß.

Friede tritt am 1. Dezember in Kraft

Paris, 20. Nov.—Der Oberste Rat hat heute entschieden, daß der Friedensvertrag am 1. Dezember in Kraft treten wird. Die Nationen, welche bis jetzt den Vertrag angenommen haben, werden die formellen Ratifikations-Dokumente rechtzeitig auswechseln, damit dem Inkrafttreten des Vertrages keine technischen Hindernisse entgegenstehen.

Wilson ernannt neue Industrie-Kommission

Washington, 20. Nov.—Präsident Wilson hat heute ein fünftägiges Männer Einladungen geschickt, welche eine neue Industrie-Kommission bilden sollen. Bereits seit mehreren Wochen hat man sich mit der Bildung einer solchen Kommission befaßt; die erste ist bekanntlich resultatlos auseinandergegangen. Die Mitglieder dieser neuen Kommission werden am 1. Dezember in Washington zusammenkommen.

Wetterbericht

Für Omaha und Nachbarschaft: Bewölkt heute abend und Freitag, stürzender Regen. Für Nebraska: bewölkt und unbedeutend heute abend und Freitag; stürzender Regen im nördlichen und westlichen Teil des Staates. Für Iowa: bewölkt und unbedeutend heute abend und Freitag; stürzender Regen im südlichen und zentralen Teil des Staates heute abend; stürzender Regen im zentralen Teil am Freitag.

Bomben-Attentate auf Beamte geplant

Philadelphia, 20. Nov.—Der Polizeikommissar hat die Warnung ausgegeben, daß die Möglichkeiten von Bombenattentaten auf Bundes-, Staats- und Stadtbeamte durch die Ueberführung von Weihnachtspaketen zu seiner Kenntnis gebracht worden seien. Darauf hin werden die bedrohten Beamten die zur Verteilung solcher von Radikalen geplanten Verschwörung erforderlichen Vorsichtsmaßregeln treffen.

Land wünscht Beitritt zur Liga

ag, 20. Nov.—Der holländische Minister des Inneren Karnaeb gibt an, daß die holländische Regierung Beitritt an den Völkervertrag beschlossen ist. Gegner desselben weisen auf die Haltung des britischen Senats und im holländischen Parlament steht ein Beitritt in Aussicht. Die Regierung hofft zuverlässlich zu gewinnen.

Land gönnt uns die Schiffe nicht

Paris, 20. Nov.—Der oberste Rat der Friedenskonferenz erörterte die Frage der Schiffe. Die amerikanische Forderung, daß die britischen Dampfer mit ihren 170,000 Tonnen Gewicht, die gegenwärtig im tatsächlichen Besitz der Ver. Staaten sind, ein Verbleib wurde noch nicht gefaßt. Großbritannien hat behauptet, die Staaten hätten mit ihrem Entschluß, diese Schiffe für sich selbst zu behalten, ein Abkommen des obersten Rates verletzt, wonach diese an England abzugeben seien, sobald die Besetzung amerikanischer Truppen beendet sei und England könnte falls diese Schiffe jetzt notwendig gebrauchen.

S. Delegaten kommen bald heim

Paris, 20. Nov.—Es verlautet, die amerikanischen Friedensdelegierten am 5. oder 6. Dezember heimzukehren. Es wird angenommen, daß die britischen Delegierten über zur gleichen Zeit abfahren werden.

Präsident unterschreibt und Haus verlegt sich

Washington, D. C., 20. Nov.—Nach einer Spezial-Sitzung von sechs Monaten verlegte sich das Haus, nachdem der Präsident eine Erklärung abgegeben hatte, daß er nichts gegen die Verlegung einzuwenden habe. Der Präsident unterzeichnete die Verlegungs-Resolution, die ihm von einem Komitee des Hauses überbracht wurde. Das betreffende Komitee hatte jedoch keine Gelegenheit, den Präsidenten persönlich zu sehen, sein Sekretär, Herr Zumkürten, spielte den Vermittler.

Wollen den Friedenspakt ausführen

London, 20. Nov.—Großbritannien und Frankreich haben die Frage in Erwägung gezogen, ob sie nicht eigentlich die Verpflichtung haben, den Friedensvertrag mit Deutschland zur Ausführung zu bringen und die Willkür in den Leben rufen sollen, unabhängig von den Ver. Staaten, bis sich deren Regierung in der Frage schlüssig geworden ist. Es tauchen beständige Fragen auf, die zu erledigen sind, wie zum Beispiel die Volksabstimmung in den verschiedenen Landesteilen, die alle zur Ausführung kommen sollten, ehe der Pakt in Ausführung gebracht werden kann. Hier herrscht die Meinung vor, daß Großbritannien keine der Bestimmungen der Ver. Staaten annehmen wird, da dadurch ernante Verhandlungen notwendig werden. Man ist der Ansicht, daß die amerikanische Nation schließlich doch noch ihren Platz unter den Alliierten einnehmen wird.

Regierung verkauft Mehl

New York, 20. Nov.—Um zu beweisen, daß die Gerichte über den Mangel und erhöhte Preise von Mehl völlig grundlos sind, hat die Ver. Staaten Getreide-Korporation beschlossen, den Konsumenten es zu ermöglichen, das beste Mehl zu billigen Preisen zu kaufen. Die Korporation wird unvermehrt feinstes Weizenmehl in Säcken von 12½ Pfund und 24½ Pfund verkaufen. Der Verkauf wird ungefähr in drei Wochen stattfinden. Die Frage des hohen Preises von Mehl soll dadurch von dem Verbraucher selbst gelöst werden, indem derselbe gutes, reines Weizenmehl an Stelle des Mehls, das unter einer speziellen Marke zu hohem Preis verkauft wird, billig kaufen kann.

Wollen den Friedenspakt ausführen

London, 20. Nov.—Großbritannien und Frankreich haben die Frage in Erwägung gezogen, ob sie nicht eigentlich die Verpflichtung haben, den Friedensvertrag mit Deutschland zur Ausführung zu bringen und die Willkür in den Leben rufen sollen, unabhängig von den Ver. Staaten, bis sich deren Regierung in der Frage schlüssig geworden ist. Es tauchen beständige Fragen auf, die zu erledigen sind, wie zum Beispiel die Volksabstimmung in den verschiedenen Landesteilen, die alle zur Ausführung kommen sollten, ehe der Pakt in Ausführung gebracht werden kann. Hier herrscht die Meinung vor, daß Großbritannien keine der Bestimmungen der Ver. Staaten annehmen wird, da dadurch ernante Verhandlungen notwendig werden. Man ist der Ansicht, daß die amerikanische Nation schließlich doch noch ihren Platz unter den Alliierten einnehmen wird.

Senatsbeschluss beunruhigt Süd-Amerika

Buenos Aires, 19. Nov.—In der Verlesung der Möglichkeit einer Ratifikation des Friedensvertrages in seiner ersten Gestalt durch den Senat der Ver. Staaten, sagt die „Nacion“ heute, daß dies eine Angelegenheit von ernster Bedeutung für die zukünftigen Beziehungen zwischen den Ver. Staaten und den lateinischen Republiken sei.

Der vorbereitende Ausschuss des nationalen Hilfs-Komitees für die Alliierten in Deutschland und Österreich hat auf seine telegraphischen Anfragen vom deutschen Reich, Berlin, folgenden dringlichen Bescheid erhalten:

„Reichs-Kommissar, Lit o u f u r e, Berlin, bittet den Generalpostmeister in Washington anzuzeigen, daß die Liebesgaben-Pakete bis zu fünf Kilogramm, enthaltend Lebensmittel oder persönliche Bedarfsartikel, keinerlei Einfuhrzölle bedürfen und ihn zu bitten, derartige Sendungen ausgiebig anzunehmen.“

Anwärter auf den ungarischen Thron

Wien, 20. Nov.—Eine Zeitungs-Depesche aus Budapest, die in Wien eingetroffen ist, nennt jetzt sieben Anwärter auf den ungarischen Thron: die Legitimisten zerfallen in zwei Gruppen, deren eine den ehemaligen Kaiser und König Karl, die andere dessen Sohn Erzherzog Otto unterstützt. Unter den anderen Anwärtern, die genannt werden, sind Kronprinz Karl von Rumänien, der Herzog von Abruzzen, Italien, und der Herzog von Teck, Bruder der englischen Königin.

Jentins wird ins Gefängnis geführt

Stadt Mexiko, 20. Nov.—Konkurrenz mit dem Jentins wurde am Mittwoch ins Gefängnis geführt. Er wird beschuldigt, falsche Angaben gemacht und Bayern, die belästigende Aussagen gegen ihn lieferten, bedroht zu haben. Ob er gegen Würgel auf freien Fuß gesetzt werden wird, ist ungewiss.

Schnelle Justiz

Le Mars, Iowa, 20. Nov.—Lee Barrington, Harry Smith, James D. Keefe, William Cullen und William Conway, die fünf Banditen, die sich aus dem Plymouth County Gefängnis herauskämpften und dabei William Wayne tödlich verwundeten und den Sheriff schwer verletzten, erhielten von Richter E. C. Bradley eine lebenslange Zuchthausstrafe zuerkannt. Die Männer wurden beim Einbruch der Nacht von Sioux City hierher gebracht und bekamen sich unter der Anklage des Mordes im ersten Grad ohne Zögern schuldig. Sie wurden vom Richter sofort verurteilt. Zuerst halb 10 Minuten befanden sich die Verurteilten wieder auf dem Weg nach dem Sioux City Gefängnis. Der ganze Vorgang entwickelte sich so rasch, daß die meisten Leute kaum etwas davon erfuhr haben.